



Im Interview: Wladimir Sayenko, ukrainischer Wirtschaftsanwalt

# „Der Krieg steckt in den Köpfen“

**Warum ausländische Investoren die Lage aussitzen, der Reformprozess trotzdem anläuft und Experten für die Regierung pro bono arbeiten müssen, erklärt der Anwalt Wladimir Sayenko.**

**WirtschaftsBlatt:** Die ukrainische Regierung hat sich zu großen Reformen verpflichtet. Wie entscheidend ist der Kampf gegen die Korruption, ein Problem, das bereits vor dem Krieg in der Ostukraine um sich gegriffen hat?

**Wladimir Sayenko:** Der Kampf gegen die Korruption ist die Wurzel dessen, was wir in der Ukraine jetzt sehen. Alles begann damit, dass sich der frühere Präsident Viktor Janukowitsch geweigert hat, dass EU-Assoziierungsabkommen zu unterschreiben. Die Leute gingen nicht nur auf die Straße, weil die Regierung ihre Richtung um 180 Grad gewendet hatte, sondern weil sie dieses Abkommen wirklich wollten. Sie haben in ihm einen Schritt in Richtung einer zivilisierteren Regierung gesehen. Und dass die EU künftig politischen Druck auf Kiew ausüben kann, die Korruption einzudämmen. Sie auf zivilisiertem Niveau zu halten, wenn ich das so ausdrücken kann.

**Wie schaut Korruption auf zivilisiertem Niveau aus?**

Ich kann ihnen erzählen, wie unzensurierte Korruption aussieht, denn eine solche haben wir leider in der Ukraine in der Vergangenheit erlebt. Wir sehen nun Veränderungen, aber es gibt noch viel zu tun. Die Ukraine hat zwar relativ gut ausgearbeitete Korruptionsgesetze, aber diese müssen auch umgesetzt werden. Es geht um die Vollstreckung und um die Menschen. Richter, die offensichtlich gesetzwidrige Entscheidungen getroffen haben – sei es aus politischen oder monetären Gründen – sind noch nicht ausgetauscht worden. Wer sich aber daran gewöhnt hat, Bestechungsgelder anzunehmen, weiß es irgendwann nicht mehr besser. Wenn wir sie schon nicht ins Gefängnis wandern lassen, weil ihnen schwer etwas anzulasten ist, muss sie zumindest eine neue Richtergeneration ersetzen, die höhere moralische Standards verinnerlicht hat. Leider sind solche Leute schwer zu finden und es wird dauern, sie auszubilden. Dieselben Probleme gibt es bei der Polizei und bei der Staatsanwaltschaft.

**Das dauert und die Menschen wollen schnelle Resultate sehen...**

Die Politiker wissen das. Und das hat das zweitgrößte Problem in der Ukraine geschaffen: den Populismus. Politiker erzählen alles, was das Volk hören will.

**Was muss in der Ukraine denn noch schnell angegangen werden? Die Wirtschaftsleistung sinkt. Die wirtschaftlichen Probleme hat aber nicht nur der Krieg erzeugt.**

Derzeit sind viele Reformen in Arbeit. Wir sehen eine Reform des Unternehmensgesetzes und Kiew arbeitet ernsthaft an Regulierungen, um den Einfluss des Staates in der wirtschaftlichen Sphäre zurückzustutzen. Da geht es darum, die Anzahl von diversen Lizenzen und Genehmigungen zu reduzieren oder den Prozess zur Firmeneintragung zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dasselbe gilt für den Fall, dass ein Unternehmen liquidiert wird. Eine Steuerreform ist ebenso ein wichtiges Thema. Ich sehe einigen Fortschritt, aber es ist noch lange nicht genug. Es geht darum, jetzt alles zu tun, damit sich das Investitionsklima verbessern kann, wenn der militärische Konflikt sich gelegt hat und das politische Risiko gesenkt ist.

**Wie sehr beeinflusst der Krieg den Ruf der Ukraine in Wirtschaftskreisen?**

Natürlich ist der Krieg in den Köpfen. Du schaust die Bilder im Fernsehen und fragst dich, ob das wirklich das Land ist, in das du investieren möchtest. Dieser psychologische Aspekt verhindert derzeit Investitionen, auch in den Regionen, die weit entfernt von den östlichen Grenzen zu Russland liegen. Allerdings sehen wir noch nicht so viele internationale Unternehmen das Land verlassen. Wer in der Vergangenheit investiert hat und das politische Risiko einschätzen kann, der sieht das Potenzial des Landes. Diese Investoren versuchen, die langfristige Perspektive im Auge zu behalten.

**Die ausländischen Investoren „überwintern“ quasi?**

Ja, sie realisieren, dass sie derzeit keine vernünftigen Preise



Unter Expräsident Janukowitsch habe die Geschäftswelt kein Licht am Ende des Tunnels gesehen, sagt Sayenko.



Die Investoren versuchen, die langfristige Perspektive im Auge zu behalten.

Das zweitgrößte Problem in der Ukraine ist der Populismus. Politiker erzählen alles, was das Volk hören will.

für die ukrainischen Töchter bekommen würden, wenn sie das Land verließen. So bleiben sie. Die derzeitigen Umstände machen die Geschäftswelt in der Ukraine nicht einfacher: Wir sehen einen Mangel an Finanzierungen, wenig Inlandsnachfrage und eine abwertende Währung. All das wirkt sich auf das Leben der Menschen in der Ukraine aus. Das Land braucht nun Friede

den und Stabilität. Wenn Investoren aber Geschäftschancen auf der einen Seite und wenige regulatorische Hürden auf der anderen Seite erkennen, werden sie – auch neue – kommen. Der ukrainische Durchschnittslohn ist der niedrigste in Europa und die Sozialversicherungskosten sind keineswegs mit jenen in Westeuropa zu vergleichen. Niedrige Produktionskosten schaffen Raum für Investoren, die ihre Produktion nicht nach Asien auslagern möchten und für die europäischen Märkte herstellen.

**Solange im Osten kein Frieden einkehrt, können wir nicht von der notwendigen Stabilität für Investoren sprechen.**

Da gebe ich Ihnen recht. Wir sollten aber auch nicht die Lage vor dem Krieg als Richtschnur nehmen. In jenen Tagen haben wir nicht einmal Licht am Ende des Tunnels gesehen. Die vorherige Regierung hat alles Denkbare getan, um das Investitionsklima zu zerstören. Wir sehen nun die Wiedergeburt einer Nation, die von einer starken Zivilgesellschaft angeführt wird. Die derzeitige Regierung

kann sich die progressivste nennen, die das Land jemals hatte. Dutzende Experten aus dem Aus- und Inland helfen ihr. Die meisten arbeiten pro bono oder sie bekommen die jämmerlichen Gehälter, die der Regierungssektor zahlt. Aber ich hoffe, dass sich diese Anstrengungen lohnen werden. Erfolgreiche Reformen und ein besserer Lebensstandard als Folge solcher Bemühungen beinhalten auch einen wesentlichen Sicherheitsaspekt: Sie können separatistische Tendenzen in den östlichen Regionen dämpfen und eine langfristige Stabilität des Landes sicherstellen.

Das Interview führte

EVA KONZETT  
eva.konzett@wirtschaftsblatt.at

## Zur Person

### Wladimir Sayenko

Der Rechtsanwalt kam als Diskutant zur „Stronger Together“-Konferenz von Freshfields Bruckhaus Deringer nach Wien. Er ist Partner bei der Kanzlei Sayenko Kharenko.

## Devisenreserven

# Ab Juni soll Kiews Notenbank wieder flüssig sein

**Zwei bis drei Länder könnten der ukrainischen Zentralbank im Notfall Fremdwährungsliquidität leihen.**

**WASHINGTON.** Die Ukraine verhandelt mit mehreren Staaten über Notkreditlinien für ihre Notenbank. Dies erklärte David Lipton, vizegeschäftsführender

Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), in Washington. Dabei handelt es sich um Swap-Vereinbarungen, bei denen die ukrainischen Währungshüter auf Liquidität in Devisen zurückgreifen können.

Damit kann die Zentralbank die Lücke in den Devisenreserverbeständen schließen, die aufgerissen war, nachdem sie Milliarden auf den Markt geworfen

hatte, um die Landeswährung zu verteidigen. Vorigen Monat wies sie allerdings nur noch Reserven im Wert von 5,6 Milliarden US-\$ aus. Dies entspricht gerade einmal einem Monat der Importrechnung des Landes. Unter Fachleuten gelten aber drei Monate als Richtwert, den die Notenbank vorhalten sollte, damit das Land nicht plötzlich das Vertrauen auf den Finanzmärkten

verliert. Nun könnten Swap- und Kreditlinien von zwei bis drei Ländern ausreichen, damit die Importrechnung ab Juni wieder für drei Monate gedeckt ist, sagte Lipton.

Bis zum Jahresende würde der IWF die Reserven gern bei 18 Milliarden \$ sehen. Wozu auch Mittel aus dem Hilfspaket des Währungsfonds und anderer Geldgeber über 40 Milliarden \$

verwendet werden sollen, das im März auf den Weg gebracht wurde. Ende 2018 erwartet Lipton einen Wert von 35 Milliarden \$. Bis Mitte Juni muss die Ukraine sich mit ihren Privatgläubigern auf einen Schuldenschnitt über 15 Milliarden \$ einigen. Damit soll die Staatsverschuldung von 94 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 71 Prozent im Jahr 2020 sinken. (kühn)